

Be Halle monatlich bei postmässiger
Anzahlung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post 23,50 Mark
jährlich. Einlieferungsgeld. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
Jahresheftungspreis sind unter
anderem die Postgebühren für
Anzahlung eingeschlossen. Die
Anzahlung wird keine Gewähr über-
nehmen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Halle-Zeitung ge-
gründet, Fern- und Schlußnummer Nr.
1140, der Reichs-Zeitung. Nr. 1113
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Laale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Mi-
llimeterzeile oder deren Raum 100
Zeilen, 1000 Buchstaben 40 Pf. Restanten
die 22 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort
Halle. Erstausgabe täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schreibleitung und Druck-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 16. Dr. Deubauert, 17.
Halle-Verlagsanstalt: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Verkaufsstelle Leipzig Nr. 4009.

Nr. 570.

Halle, Montag, den 6. Dezember 1920.

Einselpreis 30 Pfg.

Argentinien scheidet aus dem Völkerbund.

Eine reinsozialistische Regierung in Sachsen — Hermes über Ernährungsfragen
Protest der Oberschlesier gegen den Ententenvorschlag.

Die Befoldungsordnung und die Teuerungszuschläge.

Von
Dr. F a h n i d e, M. D. R.

Die Neuregelung der Gehaltsverhältnisse unserer Be-
amten stand unter einem ungünstigen Stern. Kaum waren
die Grundlagen der Reform vereinbart, da erhoben mehrere
Einzelfälle die Besüge ihrer eigenen Beamten. Dies
sowie nicht ohne Rückwirkung auf die gleichgestellten Be-
amten des Reiches hinein. Jeder zieht Vergleichs, und nie-
mand will sich auf eine niedere Stufe herabdrücken lassen.
Deshalb hat ein neuer Sturm auf Parlament und Regie-
rung an mit dem Ziel, eine entsprechend veränderte Ein-
stellung zu erreichen. Der Hauptauschuss des Reichstages
war mit der Beratung des Haushalts für 1921 beschäftigt,
als daß er eine derart umfassende Spezialarbeit außerdem
hätte leisten können. Er mußte einen Unterausschuss damit
betrauen.

Der Unterausschuss hat der schwierigen und unban-
baren Aufgabe sehr viel Zeit und Kraft gewidmet und ist
nunmehr in der Lage, dem Plenum des Ausschusses die Er-
gebnisse vorzulegen. Ein Aufschub der Beratungen steht also
unmittelbar bevor, jedoch nur noch die Bekämpfung des Reichs-
tages. Darüber hinaus liegt eine neue Bewegung ein, die die
Erhöhungen der Teuerungszuschläge bezweckt. Die Groß-
zahl der Beamten, die von 75 Prozent
auf die bisher vorgezeichneten 50 Prozent und ein Mini-
mum von 70/100 Mark des Zulage. Dieser Form der Ge-
haltserhöhung widerspricht die Regierung. Schon die höheren
Einkünfte betragen ein Mehr von etwa 800 Millionen
gegenüber den 9,905 Milliarden, die die Befoldungsordnung
ausschließt des Heeres und einschließt der Teuerungszu-
schläge den Reichs. Damit war eine Grenze erreicht,
welche die Regierung nicht glaubt, noch weit überschreiten
zu dürfen.

Es wurden deshalb unter den Regierungsparteien Ver-
handlungen eingeleitet und neue Wege gesucht. Man einigte
sich dahin, die Kinderzahl zu berücksichtigen und dadurch ein
höheres soziales Moment in die Befoldungsverhältnisse
hineinzufragen. Die Frucht der Überlegungen war der
Antrag B u r l a g e, Dr. F a h n i d e und K i e h e r, der
den Teuerungszuschlag zu den Kindern für Ostklasse A auf
150 Prozent, in Ostklasse B auf 125 Prozent, in C auf 100,
auf D und E auf 75 Prozent erhöhte.

Wolle Befriedigung löst auch dieser Antrag nicht aus,
es bleiben unerfüllte Wünsche übrig. Aber jetzt kam alles
darauf an, daß schnell gehandelt und jeder verzögernden
Taktik entgegengetreten wurde. Gleichzeitig mußte der
Ausschuss, wenn er seiner Verantwortung sich bewußt wissen
wolle, Rücksicht auf die Reichsanlagen nehmen. Das Kom-
promiß der Regierungsparteien kostete nicht weniger als
600 Millionen. Eine allgemeine Erhöhung des Teuerungszu-
schlages um 10 Prozent würde nämlich 564 Millionen
kosten. Der Widerspruch des Kabinetts gegen noch höhere
Ausgaben erhebt sich ebenfalls.

Die Unabhängigen setzten sich über die finanzpolitischen
Bedenken hinweg und drachten Anträge ein, die dem Reichs-
tag eine Mehrausgabe von 6 Milliarden, den Ländern und Ge-
meinden das Doppelte dieses Betrages verurteilt hätten.
Der Reichsfinanzminister bezeichnete ein solches Vorgehen
als außerhalb jeder Möglichkeit liegend. Im Reichsrat
würden zu radikale Zumutungen vollends Hohn auf zurück-
gewiesen werden. Der anderer Beamtenstand wirklich
wären wollte, mußte auf eine mittlere Linie treten, wie sie
der Antrag der Regierungsparteien darstellte. Damit wird
den Kinderzahl Familien ein Entgegenkommen gezeigt,
das von ihnen zumal vor der Weihnachtsgeld würdiger
werden dürfte.

Einer allgemeinen Erhöhung des Teuerungszuschlages
vermag die Regierung nicht zuzustimmen, ohne daß dann
gleichzeitig die Anwaltsentenden und die Besüge der Klein-
rentner gesteigert würden. Auch der Hauptauschuss ging
auf Anregungen nicht ein, die sich in der Richtung auf um-
gemeinere Ausgabeverteilungen bewegten. Schließlich
wurde, wenn auch mit Vorbehalten der äußersten Rechten
und Linken, der Antrag B u r l a g e, Dr. F a h n i d e und K i e h e r
einstimmig angenommen.

Wie die Herrens einfließenden Mehrbelastungen ge-
tragen werden sollen, das konnte nicht entschieden werden.
Man nahm nur zur Kenntnis, daß das noch ausstehende Ver-
sonderungsgebot, daß eine automatische Ausmittlung der
Befoldungsordnung ist, etwa eine Milliarde Mehrausgaben
verursachen wird. Dazu treten 8 Milliarden für Verbilli-
gung von Lebensmitteln. Beraten wird darüber, ob nicht
3 Milliarden zur Förderung von Wohnungsbauten un-
bedingt notwendig sind. Den gesamten Haushaltsbetrag, der nach
dem Etat von 1920 auf einige 50 Milliarden berechnet war,
schätzte der Herr Finanzminister Dr. W e i t z nunmehr auf
80 Milliarden für die Zeit um den 31. März 1921. Das

bedeutet eine Futur neuen Papiergeldes, die nur geeignet ist,
dessen Wert immer tiefer herabzubringen. Der Steueran-
schlag ist an Werte, dieser Futur, soweit noch möglich, einen
Damm entgegenzusetzen.

Die Beamtenteuerungszuschläge

wurden gestern im Hauptauschuss des Reichstages behan-
delt. Nach § 10 des Gesetzes zur Feststellung des Reichs-
haushaltsplanes wird der Teuerungszuschlag gemäß § 27
des Befoldungsgesetzes vom 30. April 1920 auf 50 Prozent
festgelegt. Abg. S a l l e (Zentrum) als Berichterstatter,
führte aus, daß die Beamten seit einiger Zeit eine Er-
höhung der Teuerungszuschläge verlangen. Der Beamtens-
bund fordert 75 Prozent und eine Erhöhung der Kinder-
zulagen. Der Vorschlag der Regierung für die Ostklassen
A 125 Prozent, B 100 Prozent, C 75 Prozent sei deshalb
nicht annehmbar, weil eine große Zahl Beamte der Klassen
D und E nicht erhalten würden. Ein Antrag der Regie-
rungsparteien forderte Kinderzulagen für A 150, B 125,
C 100 und für D und E 75 Prozent Erhöhung. Ein Antrag
der U. S. P. forderte einen allgemeinen Teuerungszuschlag
von 100/100 M. für alle Beamte, eine Neuregelung der
Kinderzulagen und halbjährlich eine Überprüfung der
Teuerungszuschläge. Der Minister erklärte, daß der Antrag
der U. S. P. allein für die Reichsbekommen 8 Milliarden
betrage. Gemeinden und Länder würden noch weit mehr
erfordern. Auf eine Erhöhung der Kinderzulagen sei der Mi-
nister, daß die Besondere automatisch erfüllt würden. Der
Antrag der Mehrheitspartien kostet 200 Millionen
mehr, wenn auch Bedenken nicht vorhanden sei, so wolle
die Regierung doch zustimmen. Der Sozialdemokrat hat
verlangt die Vorlegung einer Tabelle, aus der eine ge-
nauere Teuerungszuschläge ersichtlich sei, jedoch man genau wissen
könne, wo zu helfen sei. Die Regierung fragte die Be-
amten selbst zu Forderungen auf, wie z. B. durch die völlig
unbegrenzte Forderung der einzelnen Jahr Dienstan-
rechnung für die Beamten während der Kriegszeit.
Man müsse bei den Teuerungszulagen abmessen. Unver-
zögert seien nicht in derselben Richtung. Den Antrag der
U. S. P. müsse er ablehnen. Frau Z i e h meinte, daß die
Minister zu viel Teuerungszuschläge erhalten. Der demo-
kratische Abg. D e l l u s erklärte, daß die Demokraten sich
schweren Zeugens dem Antrage der Mehrheitspartien zu-
stimmen. Leider sei die Erhöhung der Teuerungszuschläge
zurzeit nicht durchführbar, weil die Regierung und Reichs-
rat sich ablehnend verhalten und die Aktion so schnell wie
möglich kommen müsse. So schnell gehandelt werden müsse,
sei eine Entlastung zurzeit nicht durchführbar. Ein deut-
sch-nationaler Antrag, der über den der Mehrheitspartien
hinausgeht, wird vom Reichsminister und vom preußischen
Finanzminister wiederum aus finanziellen Gründen be-
kämpft und dann zurückgegeben. Nach Ablehnung aller
weiteren Anträge wird der Antrag der Mehrheitspartei ein-
stimmig angenommen.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Der Ausschuss des Reichstages für auswärtige Ange-
legenheiten wird am Dienstag zusammentreten, um die
Karte der alliierten Regierung über die getrennte Abstim-
mung in Oberschlesien zu beraten. Dem Ausschuss gehören
von Demokraten die Abg. S c h i f f e r und F a u s t m a n n
an, die Beratungen dieses Ausschusses sind bekanntlich ver-
traulich. Nur die von den Fraktionen ernannten Stellver-
treter können ihnen beizuhören. Das sind von den Demo-
kraten die Abg. D e r n u r g und G o t h e i n. Es mag
dabei bemerkt werden, daß Schiffer sowohl wie Gothein ge-
hörten Geschiefer sind.

Ein Protest der Oberschlesier.

Der Verband der heimatischen Ober-
schlesier in Antwerpen hat nachfolgendes Protesttelegramm
an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
des Reichstages in Berlin. Dem Ausschuss gehören
U. S. P. an: Die heute in Antwerpen verammelten Kreis-
leiter des Verbandes heimatischer Oberschlesier erheben im
Auftrage von mehreren Hunderttausend ihrer Mitglieder
den I n t e r n a t i o n a l e n Protest gegen jeden Versuch, den anher-
halb des Abstimmungsgebietes wohnenden gebürtigen Ober-
schlesier die volle Ausmittlung des Stimmrechtes irgendwie
zu beschneiden. Jeder Schritt in dieser Richtung bedeutet ein
Zurückweichen vor den Forderungen und Drohungen der
Polen und ein Abgehen von den klaren Bestimmungen des
Friedensvertrages. Der Friedensvertrag spricht es aus-
drücklich aus, daß jeder gebürtige Oberschlesier, der nicht im
Abstimmungsgebiet wohnt, an seinem Wahlort ab-
stimmen hat, und läßt keinen Zweifel darüber, daß die
Stimmrecht aller Abstammungsangehörigen ein
völlig gleichartiges ist. Es geht deshalb nicht
an, die eine Kategorie Wähler an einem anderen
Ort oder auch an zwei oder anderen Orten ab-
stimmen zu lassen, wie die anderen, und sie dadurch zu
Wählern zweiter Klasse zu hempen. Dieser Grundsat

auch bei den Abstimmungen in Schleswig-Holstein, Ost-
und Westpreußen, sowie in Kärnten zweifelsfrei anerkannt
worden. Wir fordern deshalb, daß unsere
Republik im Reich und im Ausland dem gleichen
Prinzip mit uns in Ober schlesien abstimmen.
Es ist Pflicht der Entente, die politischen Drohungen jünste
zu machen und für eine ruhige Abstimmung zu sorgen. Wir
bitten auf das eindringlichste, den Boden des Frie-
densvertrages in dieser Angelegenheit
nicht um Haarsbreite zu verlassen.

Ernährungsfragen.

Bei den Verhandlungen der Ernährungs-
minister der Verbündeten in Bern am
Freitag begannen, hiesigen Reichsernährungsminister Dr.
H e r m e s eine Rede, in der er u. a. sagte:

Wir alle wissen, daß wir alle Kraft anbringen müssen,
um die verlangte Abfertigung wieder in Gang zu brin-
gen. Wir hatten das für den Radikalpunkt der Ernäh-
rungswirtschaft. Wir dürfen nicht ruhig zulassen, wenn ein
Teil der Erzeuger und der Händler ihrem Egoismus keine
Zügel mehr anlegt, wir sind viel mehr der Meinung, daß
mit scharfem Mittel der Ernährung zugeworfen werden muß
in den Fällen, in denen Erzeuger und Händler die Inter-
essen der Allgemeinheit außer Acht lassen und nur an den
eigenen möglichst hohen Gewinn denken. Gerade dieser
Punkt wird in unseren Erörterungen eine besondere Rolle
spielen müssen. Es gibt keine politischen Berücksichtigungen
oder Gegenstände in dieser Angelegenheit, keine politischen
Wünsche oder Meinungen, es handelt sich einfach um die
Notwendigkeit, aus der Not heraus zusammen zu kommen. In diesem
Tage sind wichtige Einschränkungen der Zwangswirtschaft
erfolgt, so daß die Beobachtung der Wirkung dieser Maß-
nahmen von großer Bedeutung ist. Wir müssen aber alle
Kreise der Bevölkerung auch mit dem Gedanken vertraut
machen, daß zunächst in dem Aufbau der Zwangswir-
tschaft die erste große Aufgabe eingeleitet ist, und
brechen mit dem Gedanken, als ob hinter der Fiktion der
Zwangswirtschaft für Kartoffeln und Fleisch schon die Aus-
hebung der Bewirtschaftung des Getreides kommen müsse
und kommen werde. Dieser Gedanke muß verworfen werden,
womit natürlich keineswegs gesagt sein soll, daß die alte Form
der Zwangswirtschaft unverändert fortgesetzt werden müsse.
Es wird Aufgabe weiterer Erörterungen sein, wie wir die
Getreidebewirtschaftung regeln wollen. Dann muß aber
an dem Gedanken festgehalten werden, daß die Landwirt-
schaft auch in Zukunft so viel für die öffentliche Wirtschaft
herausgibt, als sie herauszugeben kann.

Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur, doch
wurde ein offizieller Bericht von der betreffenden Ministerial-
abteilung herausgegeben.

Die Kosten des Wiederaufbaues.

Wiel zu hohe Abschätzung.
Jean Herbette schreibt in der „Haagschen Post“:
„Meine persönlichen Informationen überzeugen mich davon,
daß die Ausgaben und die Taxierung der Kosten
des Wiederaufbaues viel zu hoch lauten, infolge
des Mangels an Organisation und Kontrolle. Ich sage das
nicht heraus, weil ich glaube, die beste Politik ist die Wahr-
heit ohne Umschweife festzustellen, auch wenn sie unange-
nehm ist. Aber die Wahrheitsliebe zwingt mich, zugleich
zu konstatieren, daß der Staat keines einzigen Un-
gutes im Lande ist, ganz allein in die Kosten zu tragen,
die mit diesem Wiederaufbau von so enormen Umfang
notwendig verbunden sind.“ Jean Herbette fordert eine
internationale Regelung der Entschä-
dungsfrage. Aus den Darlegungen, die darauf folgen,
ist zu schließen, daß er eine Hilfe A m e r i k a s ermahnt,
falls französische Zugeständnisse an Deutschland von den A m e r i-
kanern wünschenswert erschienen.

Für einen Franzosen gehört heute noch sehr viel Mut
dazu, sich zu dieser Auffassung zu bekennen.

Von der Völkerbundstagung.

Küchtritt Argentiniens.
Der Führer der argentinischen Delegation, Pueyrredon,
richtete einen Brief an Herrn H y m a n s, Präsidenten der
Völkerbundsversammlung, worin es u. a. heißt:
Unser Land sah in dem geplanten Völkerbund die Ge-
burt eines neuen vollständigen Friedensvertrages, die tiefe
Dankbarkeit einer Bevölkerung des Völkervertrages und in den
Abänderungen den Weg, an der Verwirklichung der Ver-
fassung mitzuwirken. Deshalb bereitete es eine Reihe von
Vorschlägen vor, die in den vor der Versammlung vorliegenden
Erörterungen am 17. November besprochen wurden und die
gleichzeitig Abänderungen des Statutes waren. Die von der
argentinischen Republik vorgeschlagenen Abänderungen sind:
Zulassung aller souveränen Staaten, Zulassung der kleinen
Staaten ohne Stimmrecht, Bildung eines Rates durch
demokratische Wahl, obligatorische Schiedsgerichte und obli-
gatorische Gerichtshof. Keines dieser Projekte schmälerte die

